

Transparenz- und Informationspflichten gem. Art. 13, 14 DSGVO

Thema: Beratung und Unterstützung von Personen, die Opfer von häuslicher Gewalt geworden sind.

Wir erheben und verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten. Hiermit möchten wir Sie über konkrete Details sowie die Modalitäten der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und welche Rechte Ihnen in diesem Zusammenhang zustehen informieren.

Nach Art. 12 ff. DSGVO stellen wir Ihnen mit diesem Schreiben die Pflichtinformationen im Bereich der Beratungs- und Interventionsstelle Häusliche Gewalt zur Verfügung, bitte nehmen Sie diese Informationen zur Kenntnis:

Verantwortliche:r für die Datenverarbeitung	Landkreis Northeim vertreten durch die Landrätin / den Landrat Medenheimer Str. 6/8, 37154 Northeim Telefon: 05551 708-0, FAX: 05551 708-81223 E-Mail: info@landkreis-northeim.de
Fachverantwortliche Stelle für die Datenverarbeitung	Beratungs- und Interventionsstelle Häusliche Gewalt (BISS) Telefon: 05551/708-81321 Fax: 05551/708-81223 E-Mail: biss@landkreis-northeim.de
Kontaktdaten Datenschutzbeauftragte:n	Kommunale Dienste Göttingen (kAÖR) Die/Der externe behördliche Datenschutzbeauftragte Paulinerstraße 14, 37073 Göttingen Telefon: 0551 384-4195 E-Mail: datenschutz@kdgoe.de
Zwecke der Datenverarbeitung	Die BISS, Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt, des Landkreises Northeim hat die Aufgabe, Beratung und Unterstützung von Personen, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind, zu gewährleisten. Die Wahrnehmung der Aufgabe erfolgt durch eine Kooperationsvereinbarung mit der Polizeiinspektion Northeim. Die Meldung eines Vorfalles erfolgt an die Beratungsstelle, • einerseits unmittelbar durch die Polizeiinspektion Northeim oder • andererseits mittelbar durch die Personen, die von sich aus die Beratungsstelle aufsuchen oder anrufen (sog. „Selbstmelder“). Ziel ist es, Opfer/gefährdete Personen über die rechtlichen Möglichkeiten zu informieren, sowie die Vermittlung der rechtlichen Möglichkeiten. Hilfe bei der individuellen Sicherheitsplanung und psychosoziale Beratung.
Rechtsgrundlagen zur Datenverarbeitung	Die elektronische Datenverarbeitung erfolgt • im Rahmen der Datenübermittlung durch die Polizeiinspektion Northeim auf der gesetzlichen Grundlage der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. d. und • auf Grundlage einer freiwillig erteilten Einwilligung, gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a, ggfls. i. V. m. Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO, sofern uns z. B. Gesundheitsdaten oder anderweitige sensible Daten mitgeteilt werden, um über weitere Beratungs- oder Hilfeleistungen zu informieren, ggfs. zu vermitteln (z. B. Jobcoaching, Sozialpsychiatrischer Dienst, Anwälte, Rechtsantragsstelle bei Gericht).
Kategorien/Arten personenbezogener Daten	Folgende personenbezogene Daten werden durch die Polizeiinspektion übermittelt: • Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsland, Adresse, Telefonnummer, Tatzeit, Tatort, Straftat (z. B. Art der Verletzungen) und Kurzsachverhalt, die Erforderlichkeit eines Dolmetschers, sowie

	ggf. Erziehungsberechtigter, ggf. Zahl der minderjährigen im Haushalt lebenden Kinder • Angaben zum Täter/Beschuldigten: ausschließlich Alter und Beziehung zum Opfer. All diese Daten werden ausschließlich der Beratungsstelle mittels eines Polizeiberichtes, zur schriftlichen oder telefonischen Kontaktaufnahme zur betroffenen Person, zur Verfügung gestellt. Folgende personenbezogene Daten können von uns vom Selbstmelder verarbeitet werden: alle oben genannten Daten. Bei Beratungserforderlichkeit werden zudem ggfls. Ihre freiwilligen Angaben zur Einkommenssituation, ggfls. Angaben zum Migrationshintergrund, ggfls. Gesundheitsdaten oder anderweitige sensible Daten.
Empfänger:innen Ihrer Daten (intern / extern)	Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an Dritte übermittelt.
Verpflichtung zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten	Die Polizei kann personenbezogene Daten der gefährdeten Person auch ohne deren Einwilligung an eine geeignete Beratungsstelle übermitteln, wenn dies zur Abwehr einer Gefahr erforderlich ist. Sie sind nicht verpflichtet, weitere personenbezogene Daten anzugeben. Als Selbstmelder sind Sie nicht verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten anzugeben. Eine anonyme Beratung ist möglich.
Quelle der personenbezogenen Daten	Ihre personenbezogenen Daten haben wir von der Polizeiinspektion Northeim erhalten oder von Ihnen selbst.
Dauer der Speicherung (Löschfristen, Aufbewahrungsfristen, Archivierungsfristen mit entsprechender Rechtsgrundlage)	Soweit dies zur Durchführung der Beratung sowie zur Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben, insbesondere im Bereich Schutz und Gefahrenabwehr, erforderlich ist, werden Inhalte von Beratungsgesprächen dokumentiert. Es werden ausschließlich die für die Beratung und Gefährdungseinschätzung erforderlichen personenbezogenen Daten verarbeitet; nicht erforderliche Daten werden nicht gespeichert. Die Dokumentationen werden für die Dauer von fünf Jahren gespeichert und anschließend datenschutzgerecht gelöscht bzw. vernichtet. Die Aufbewahrung dient insbesondere dazu, frühere Beratungsverläufe und mögliche Gefährdungslagen bei einer erneuten Kontaktaufnahme nachvollziehen sowie geeignete Unterstützungs- und Schutzmaßnahmen ableiten zu können. Der Landkreis Northeim ist Zuwendungsempfänger einer Förderung der BISS durch das Niedersächsische Landesamt für Soziales, Jugend und Familie. Förderrechtliche Aufbewahrungspflichten bleiben von den vorstehenden Speicherfristen unberührt.
Ihre Rechte (Betroffenenrechte)	Ihnen stehen folgende Rechte zu: - Auskunft (Art. 15 DSGVO) - Berichtigung (Art. 16 DSGVO) - Löschung (Art. 17 DSGVO) - Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) - Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO) - Widerspruch (Art. 21 DSGVO) - Automatisierte Entscheidungsfindung (Art. 22 DSGVO) - Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DSGVO), siehe hierzu erteilte Einwilligung

Beschwerderecht	Des Weiteren steht Ihnen ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu: Des Weiteren steht Ihnen ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu: Der/Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen Prinzenstraße 5, 30159 Hannover Telefon: 0511 120 45 00 E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de Auf der Internetseite steht zudem ein Online-Beschwerdeformular zur Verfügung: www.lfd.niedersachsen.de
Stand/Datum der letzten Überarbeitung	Stand vom 10.06.2026, Version 1.3